



# Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2014

## Eine kommentierte Zusammenfassung

Das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung fragte im Rahmen der Gemeinderatswahl 2014 nach den sozialpolitischen Positionen der kandidierenden Parteien und Wählervereinigungen. Wir haben die Antworten der kandidierenden Parteien und Wählergemeinschaften zusammengetragen und in einer Liste erfasst und haben unseren Kommentar dazu gegeben. Wir werden nach der Wahl die dann gewählten Gemeinderäte an ihren genannten Positionen messen. Wir haben in einer notwendigerweise stark gekürzten Zusammenfassung die Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und legen diese hier vor. **Die Zusammenfassungen modifizieren möglicherweise auch Aussagen oder werden ungenauer. Wir bitten dies zu beachten. In der vollständigen Zusammenfassung können Sie die Antworten der Parteien und Wählergemeinschaften genau und unbearbeitet nachlesen.**

**Wir haben die Stimmen für die verschiedenen Prioritäten rot eingefügt. Bei den 46 Handlungsfeldern in den 7 Bereichen ergeben sich: 1 Handlungsfeld hat keine Mehrheit, 27 Handlungsgelder haben einstimmig höchste und hohe Priorität, 15 haben relativ hohe, 3 haben knappe Mehrheiten für höchste und hohe Priorität.**

# 1. Sozialplanung

## **Halten Sie eine konzeptionelle Sozialplanung für die Stadt Heidelberg für notwendig und wie kann der Sozialraum in den einzelnen Stadtteilen entwickelt werden?**

Alle Befragten betonen die Notwendigkeit einer konzeptionell ausgerichteten Sozialplanung für die Stadt. Hierbei sollen insbesondere besonders von Armut und Ausgrenzung betroffene Gruppen im Blick sein.

Von Seiten der SPD wird ein Schwerpunkt auf die Situation von Kindern gelegt. Die CDU und die FWV betonen, dass Stadtteile unterschiedlich sind und es kein Einheitskonzept geben kann, die Bunte Linke will jeweils eine genaue Analyse der örtlichen Situation. Von vielen Befragten wird ein Stadtteilmanagement wie im Emmertsgrund als Modell befürwortet und ähnliche Konzepte, wie es im Hasenleiser und Bergheim West ja auch in der Vorüberlegung ist, vorgeschlagen.

Dezentralität und die Entwicklung von Stadtteilzentren werden ebenfalls als ergänzende Vorschläge, wie man ja auch in der Prioritätenliste sieht, befürwortet.

## Bewertung von Handlungsfeldern Sozialplanung:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Sozialplanung als kontinuierlicher Prozess	<b>19 Stimmen</b> CDU, Linke, GAL, HDpf&er, FDP	<b>29 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD; Piraten		
Sozialplanung unter Mitwirken der Träger und der Betroffenen	BL, CDU, SPD, Linke, FWV, GAL, HDpf&er, Piraten <b>28 St.</b>	<b>18 St.</b> B90/Grüne, FDP, Heidelberger, G.HD		
Sozialräumliche Betrachtung der Stadtteile	<b>15 St.</b> CDU, Linke, GAL, HDpf&er	<b>31 St.</b> BL, SPD, FDP, B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD, Piraten		
Dezentralisierung sozialer Angebote	<b>13 St.</b> BL, B90/Grüne, HDpf&er	<b>33 St.</b> CDU, SPD, Heidelberger, Linke, FWV, GAL, G.HD, Piraten, FDP		
Gemeinwesensarbeit und Stadtteilmanagement im Quartier	<b>25 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, Linke, HDpf&er, G.HD	<b>11 St.</b> Heidelberger, FWV, GAL, Piraten, FDP	<b>10 St.</b> CDU	
Vernetzungen von Seniorenzentren und Bürgerzentren	<b>13 St.</b> SPD, HDpf&er, G.HD	<b>22 St.</b> B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, GAL, FDP	<b>3 St.</b> BL, Piraten	<b>10 St.</b> CDU
Soziale Durchmischung der Stadtteile	<b>36 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, HDpf&er, Piraten	<b>10 St.</b> Linke, FWV, GAL, G.HD, FDP		

### Unser Kommentar:

- **Wenn die Prioritäten ernst gemeint sind und der Gemeinderat sich nicht von der Verwaltung mit einer Schmalpurlöung abspeisen lässt, stehen die Chancen bei dem breiten Konsens recht gut für einen Einstieg in eine konzeptionelle Sozialplanung.**
- **Womit die von uns als wichtig eingeschätzten Fragen wie Dezentralisierung, Betonung der Stadtteilebenen, Beteiligung der Bevölkerung als Themen bei den Befragten angekommen sind.**
- **Das Bündnis wird eine solche Entwicklung gerne fachlich begleiten und seine Expertise einbringen.**

## 2. Materielle Armut

### Welche konkreten Maßnahmen befürworten Sie zur Bekämpfung von materieller Armut?

Von den Befragten werden vielfältige Ansätze dargelegt, wie man auch kommunal die Situation armer Menschen verbessern kann.

Insbesondere die Parteien betonen aber alle, dass die Grundsicherung (die Regelsätze) eine Bundesaufgabe sind und insbesondere die im Bund in der Opposition stehenden Parteien fordern auch eine Anhebung der Sätze, die Piraten das bedingungslose Grundeinkommen.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen um Menschen in Lohn und Brot zu bringen wird von so unterschiedlichen Gruppen wie CDU, Bunte Linke, SPD oder FWV genannt. Bei der CDU in Richtung Industrieansiedlung, bei der SPD als öffentliche Aufgabe, die Bunte Linke sieht das Problem der Einfacharbeitsplätze in einer Wissenschaftsstadt. Die Bedeutung von Bildung und Qualifizierung als präventiver Ansatz wird von FWV und BuLi genannt.

Insbesondere die Linke fordert an vielen Stellen soziale Tarife, die Forderung nach ausreichenden Unterstützungsfonds für Notfälle wird breit unterstützt, CDU und FWV halten den derzeitigen Stand allerdings für ausreichend.

Von den meisten Befragten aber wird eine Unterstützung der im sozialen Netzwerk vorhandenen Institutionen tätigen genannt. So betont die GAL die Notwendigkeit guter Beratungsstrukturen, nennen SPD und Bündnis90/Die Grünen konkret die Schuldnerberatung

## Bewertung von Handlungsfeldern materielle Armut:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Mehr materielle Unterstützungsfonds schaffen	<b>6 St.</b> BL, Linke, GAL	<b>16 St.</b> SPD, G.HD, Pir., Heidelberger ,HDpf&er	<b>24 St.</b> CDU,FDP, B90/Grüne, FWV	
Soziale Leistungen im Heidelberg Pass verbessern	<b>7 St.</b> BL, Linke, GAL, HDpf&er	<b>23 St.</b> SPD, B90/Grüne, G.HD, Piraten, FDP	<b>2 St.</b> FWV	
Günstige Mittagessen in Schulen, Kitas und Seniorenzentren	<b>26 St.</b> BL, CDU, SPD, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>18 St.</b> B90/Grüne, , FDP Heidelberger, G.HD	<b>2 St.</b> FWV	
Tafelläden unterstützen	<b>13 St.</b> CDU, Linke, HDpf&er	<b>12 St.</b> BL, Heidelberger, FWV, G.HD, FDP	<b>20 St.</b> SPD, B90/Grüne, GAL	<b>1 St.</b> Kritisch Piraten
Lokale politische Initiativen zur Anhebung der SGB-Regelsätze	<b>18 St.</b> BL, B90/Grüne, Heidelberger, Linke	<b>24 St.</b> CDU, SPD, GAL, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>4 St.</b> FWV, FDP	
Bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes	<b>24 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>22 St.</b> CDU, Heidelberger, Linke, FWV, GAL, FDP		

## Unser Kommentar:

- **Die bestehende materielle Armut wird überwiegend wahrgenommen, das Problem aber z.T. an den zu geringen Regelsätzen des Bundes festgemacht. Schön ist, dass fast alle eine hohe Priorität darin sehen, diese zu verbessern und von der lokalen Ebene Richtung Bund aktiv zu werden.**
- **Fehlende Arbeitsplätze und schlechte Bildung werden als Problem gesehen, die Lösungsansätze sind unterschiedlich. Die Unterstützung der sozialen Strukturen und des ehrenamtlichen Engagements werden benannt und haben hohe Prioritäten, hier sollten den Worten auch Taten (finanzielle und inhaltliche Unterstützung) folgen.**
- **Die Forderungen nach sozialen Tarifen, wie z.B. Verbesserungen im Heidelberg-Pass werden eher von den Gruppierungen des „linken“ Spektrums angesprochen, die „bürgerlichen“ Gruppierungen halten das vorhandene Niveau eher für ausreichend.**

- **Aus den Antworten spricht ein Bewusstsein für die Probleme der armen Menschen bei allen Befragten, wenn auch die Bereitschaft, viel Geld in die Hand zu nehmen, unterschiedlich ausgeprägt ist.**
- **Das Bündnis wünscht sich natürlich, dass die sozialen Fragen Gehör finden und die Bereitschaft besteht, sowohl für Beratung und Unterstützungsstrukturen als auch direkt für die Menschen finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen.**

### **3. Wohnen**

## **Wie wird eine ausreichende und dauerhaft preisgünstige Wohnungsversorgung von Menschen mit geringem Einkommen in Heidelberg erreicht?**

Der Mangel an günstigem Wohnraum wird von allen Befragten gesehen. Alle hoffen auf die Konversionsflächen, auf denen solcher Wohnraum entstehen kann. Dabei sind die Ansätze durchaus unterschiedlich, die CDU z.B. möchte bei Sanierungen über eine Verdichtung Investoren interessieren, die Bunte Linke fordert eine Einfachsanieierung nur im Bestand. Die GGH wird als wichtiger Akteur von den Heidelbergern, der SPD und der Linken genannt. Auch gemeinschaftliche Wohnformen, von Baugruppen (FWV) bis zu Wohnprojekten (Linke, Bunte Linke, Piraten, SPD etc) werden als wichtig erachtet und es wird ihre Unterstützung gefordert.

Einen umfassenderen Blick auch über die Konversionsflächen hinaus mit der Forderung nach einem Handlungsprogramm Wohnen kommt von GAL und SPD. Die GAL betont auch die Bedeutung der sozialen Durchmischung der Stadtteile.

Bei der Bewertung der Handlungsfelder wird fast allen Themen im Bereich Wohnen eine höchste Priorität eingeräumt, nur

bei den Änderungen der Strukturen der Notwohnversorgung sehen CDU und FWV eine geringe Priorität.

## Bewertung von Handlungsfeldern Wohnen:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	Unwichtig
Preisgünstiger Wohnraum auf den Konversionsflächen	<b>42 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberg, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten, FDP	<b>4 St.</b> FWV, G.HD		
Günstiger Wohnraum in allen Stadtteilen	<b>37 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Linke, GAL, HDpf&er, G.HD	<b>9 St.</b> Heidelberger, FWV, Piraten, FDP		
Soziale Durchmischung als Grundprinzip in allen Stadtteilen	<b>38 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>6 St.</b> FWV, G.HD, FDP		
Wohnraumversorgung besonderer einkommensschwacher Bedarfsgruppen (z.B. Alleinerziehende, SGB II Bezieher) sicherstellen	<b>37 St.</b> CDU, SPD, B90/Heidelberger, Heidelberger, GAL, HDpf&er, G.HD	<b>8 St.</b> BL, Linke, FWV, FDP		
Dezentrale Notwohnungsversorgung aufbauen und Notwohngebiet auflösen	<b>6 St.</b> BL, Linke, GAL	<b>28 St.</b> SPD, B90/Grüne, Heidelberger, HDpf&er, G.HD, Piraten, FDP	<b>12 St.</b> CDU, FWV	
Wohnkonzept für junge Erwachsene mit Planungsquoten in allen Stadtteilen	<b>13 St.</b> SPD, Linke, GAL, HDpf&er	<b>31 St.</b> BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD, Piraten	<b>2 St.</b> FDP	
Wohnraumbedarfsplanung für arme Menschen	<b>11 St.</b> SPD, GAL, HDpf&er	<b>35 St.</b> BL, CDU, B90/Grüne, , FDP Heidelberger, Linke, FWV, G.HD, Piraten		

### Unser Kommentar:

- **Wohnraum für Menschen mit einem geringen Einkommen ist eines der wichtigsten Themen bei dieser Wahl. Die Schwierigkeiten für arme Menschen angemessenen Wohnraum zu finden zieht sich wie ein roter Faden durch alle sozialen Problemfelder.**

- **Die Konversionsflächen sind sicher eine Chance, die Versorgung zu verbessern. Dabei müssen die richtigen Instrumente eingesetzt werden, damit es nicht nur ein homogenes Hochpreissegment wie in der Bahnstadt gibt.**
- **Es dürfen aber auch die anderen Stadteile und die Rolle und die Planungen der GGH nicht aus den Augen verloren werden. Ein Handlungsprogramm „Wohnen“ auf der Basis der Wohnraumbedarfsanalyse sollte schnell entwickelt werden und dabei auch Sonderbereiche wie Jugendwohnen, Notwohnungen, Quartierssanierungen mit behandeln.**
- **Das Thema der Woche gegen Armut und Ausgrenzung auf Landesebene ist in 2014 „Wohnen“ und wir werden weiter unser Anliegen einbringen.**

## **4. Mobilität**

### **Wie wichtig ist eine gute Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen und wie kann sie sichergestellt werden?**

Alle Befragten betonen, dass Mobilität ein zentraler Bestandteil der sozialen Teilhabe ist. Ausreichende Mobilität muss allen Menschen, auch den armen, zugänglich sein.

Alle Befragten unterstützen das Sozialticket. In unterschiedlicher Schwerpunktsetzung wird sich für eine Weiterführung, eine Weiterentwicklung, ein besseres Ausgabesystem eingesetzt.

Daneben wird noch ein Kurzstreckenticket (Heidelberger) gefordert. Piraten und Bunte Linke benennen einen fahrscheinlosen ÖPNV als Ziel.



## Bewertung von Handlungsfeldern Mobilität:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Dauerhafte Sicherung des Heidelberger Sozialtickets	<b>30 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>16 St.</b> CDU, FWV, G.HD, FDP		
Beteiligung des Verkehrsverbundes	<b>38 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Linke, FWV, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>8 St.</b> Heidelberger, G.HD, FDP		
Sozialticket für alle Armen in der Metropolregion	<b>27 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, Linke, GAL, HDpf&er, G.HD	<b>15 St.</b> CDU, FWV, Piraten, FDP	<b>4 St.</b> Heidelberger	
Sozialticket für den ganzen Verkehrsverbund für 20 €	<b>6 St.</b> BL, Linke, GAL	<b>32 St.</b> CDU, SPD, B90/Grüne, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>8 St.</b> Heidelberger, FWV, FDP	
Radverkehr als günstige Mobilitätsalternative unterstützen	<b>35 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, FWV, GAL, HDpf&er	<b>11 St.</b> Heidelberger, Linke, G.HD, Piraten, FDP		

### Unser Kommentar:

- **Wir freuen uns, dass der Grundgedanke eines Sozialtickets inzwischen parteiübergreifend bejaht wird. Mit der Ausgestaltung sind wir nicht glücklich, da sich der VRN vollständig aus der Mitverantwortung herausgezogen hat.**
- **Das Sozialticket muss weiterentwickelt werden und als ein echtes eigenes Ticket ähnlich wie die Karte ab 60 im kompletten Verkehrsverbund angeboten werden. Und dann kann die örtliche Gebietskörperschaft für Ihre Einwohner noch eine ergänzende Subvention vornehmen um den Bereich der 20 €, der ungefähr im Regelsatz vorgesehen ist, zu erreichen.**

## 5. Arbeitslosigkeit

### **Welche Schwerpunkte zur Beschäftigung und Integration besonders benachteiligter Arbeitsloser soll die Stadt Heidelberg setzen?**

Der Themenkomplex Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist weniger im Fokus der Befragten. Es geht um den Vorrang der Vermittlung, von Seiten der CDU wird auch noch gefragt, ob die arbeitslosen Menschen überhaupt sich eingliedern lassen wollen...

Von fast allen Parteien und Gruppierungen wird aber gesehen, dass mehr Einfacharbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen werden müssen. Linke, Bunte Linke, SPD und CDU sehen da auch die Kommune und staatliche Stellen in der Verantwortung, aber alle vor allem z.B. GAL, SPD betonen die Notwendigkeit, Arbeitsplätze bei Sozialbetrieben für die Menschen, die ansonsten keine Arbeit finden, zu schaffen.

Die Piraten betonen den inklusiven Ansatz, sind also nicht nur Sondereinrichtungen wie Behindertenwerkstätten oder Sozialbetriebe.

Das Programm Aktive Arbeitsmarktpolitik wird als wichtiges Instrument nur bei Gal und SPD genannt.

## Bewertung von Handlungsfeldern Arbeitslosigkeit:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Entwicklung von kommunalen Konzepten für langzeitarbeitslose SGB II Bezieher	<b>26 St.</b> SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>20 St.</b> BL, CDU, Linke, FWV, G.HD, FDP		
Schaffung von Arbeitsplätzen in Sozialbetrieben	<b>22 St.</b> BL, CDU, SPD, GAL	<b>22 St.</b> B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>1 St.</b> FDP	
Schaffung von Einfacharbeitsplätzen bei der Stadt	<b>13 St.</b> CDU, GAL, Piraten	<b>31 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, HDpf&er, G.HD	<b>1 St.</b> FDP	
Hilfen für besonders betroffene Gruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, ehemals Nichtsesshafte, Ältere etc	<b>26 St.</b> BL, CDU, SPD, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>20 St.</b> B90/Grüne, , FDP Heidelberger, FWV, G.HD		
regionaler Ausbildungspakt: jeder Jugendliche bekommt eine Lehrstelle	<b>38 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>6 St.</b> Linke, FWV, GAL		
Koordinierte und auf Ausbildung ausgerichtete Maßnahmen für nicht ausbildungsreife Schulabgänger	<b>31 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Piraten	<b>13 St.</b> Linke, Heidelberger, FWV, GAL, HDpf&er, G.HD, FDP		
Ausbau des Programms Aktive Beschäftigungspolitik	<b>31 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, HDpf&er	<b>13 St.</b> Heidelberger, Linke, FWV, GAL, G.HD, Piraten	<b>1 St.</b> FDP	
Mehr Beschäftigung und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	<b>30 St.</b> BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, HDpf&er, Piraten	<b>8 St.</b> FWV, GAL, G.HD, FDP		

### Unser Kommentar:

- **Arbeitslosigkeit ist eine wesentliche Ursache für Armut. Die Kommune ist zwar über die Mitträgerschaft des Jobcenters eingebunden, könnte aber aktiver sein. Diese Mitverantwortung der Kommune wird gesehen, aber starke inhaltliche Impulse aus der Politik sind nicht sichtbar.**

- **Gut ist die Erkenntnis bei fast allen Befragten, dass es für die Zielgruppe der nicht bzw nicht mehr vermittelbaren Arbeitslosen Arbeitsangebote in Sozialbetrieben und anderen Strukturen geben muß. Hier gibt es in Heidelberg aber weder genug Träger, noch ausreichend Plätze. Sehr wichtig wäre es, dass Programm Aktive Beschäftigungspolitik intensiver zu nutzen und weiter zu entwickeln.**
- **Die Annahme, dass Arbeitslosigkeit im Wesentlichen selbst verschuldet ist, wird nur noch im Ansatz von der CDU vorgebracht. Natürlich gibt es individuelle Problemlagen, wie Krankheiten, keine Ausbildung etc., aber die Gruppe derjenigen, die bewusst nicht arbeiten wollen, ist verschwindend gering.**

## **6. Integration und Inklusion**

### **Haben Sie Vorschläge und Konzepte für eine Teilhabe aller – auch der einkommensschwachen - Heidelberger Bürger an einer toleranten Stadtgesellschaft?**

So gut wie alle sind für weitgehende Inklusion für Behinderte und für Arme, damit alle Menschen unabhängig von Behinderungen, Geschlecht, Herkunft oder anderen Merkmalen am öffentlichen Leben teilhaben können.

Viele fordern dafür zu Recht mehr Hilfe von Bund und Land.

Stadt und Vereine (gerade wenn sie von der Stadt gefördert werden) sollen mit Taten voran gehen und auch ein Klima der Akzeptanz schaffen.

Insgesamt werden viele Vorschläge für die Umsetzung der Inklusion gemacht.

Die CDU will z.B., dass jeder Bürger und jede Bürgerin ein soziales Jahr absolviert, die Linke will einen Mindestlohn für Beschäftigte in den Werkstätten mit Behinderten, die Piraten selbstverwalteten Angebote als festen Bestandteil der Heidelberger Jugendkultur. Für die GAL haben die Mitwirkungs-gremien wie BMB und AMR eine wichtige Funktion für die von ihnen vertretenen Menschen und sollen daher gestützt und gestärkt und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Die Bunte Linke ist für das Ziel der Solidarischen Stadt. Für die freien Wähler stellt das Land derzeit nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Die SPD Heidelberg fordert die Einführung eines städtischen Integrationspreises für Menschen, deren Lebensweg besonders mit der Migration nach Heidelberg verbunden ist, die Grünen großzügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber/innen, Erweiterung des Sprachkursangebotes für Asylbewerber/innen.

## Bewertung von Handlungsfeldern Integration und Inklusion:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Ausweitung von Projekten zur Integration und Inklusion	<b>26 St.</b> SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>20 St.</b> BL, CDU, Linke, FWV, G.HD, FDP		
Stärkung (Finanzen und Mitsprache) der Partizipationsgremien wie Ausländer- und Migrationsrat und Beirat von Menschen mit Behinderungen	<b>8 St.</b> BL, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>34 St.</b> CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, G.HD	<b>3 St.</b> FWV, FDP	
Rechtliche Spielräume im Ausländerrecht stärker nutzen	<b>23 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, Linke, HDpf&er	<b>21 St.</b> CDU, Heidelberger, GAL, G.HD, Piraten, FDP	<b>2 St.</b> FWV	
Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen Schulbesuch außerhalb von Förderschulen ermöglichen	<b>20 St.</b> SPD, B90/Grüne Linke, HDpf&er, Piraten	<b>10 St.</b> BL, Heidelberger, GAL, G.HD	<b>14 St.</b> CDU, FWV, FDP	

### Unser Kommentar:

- **Der neue Gemeinderat müsste bei diesem großen Einvernehmen die Projekte für mehr Inklusion und Integration unterstützen. Wir sind gespannt.**
- **Das gilt auch für die Stärkung (Finanzen und Mitsprache) der Mitwirkungs-gremien wie BMB und AMR.**

## 7. Bildung

### Kann gute Bildung gegen Ausgrenzung und Armut schützen und was kann die Stadt Heidelberg dafür tun?

Bildung hat bei allen einen hohen Rang, um eine gleichberechtigte soziale Teilhabe zu ermöglichen. Unzureichende Bildung wird z.T. als großes Armutsrisiko gesehen.

Einige plädieren stark für Gemeinschaftsschulen für möglichst lange gemeinsames Lernen. Auch das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wird erwähnt.

Die Vorstellungen, Beiträge und Forderungen sind z.T. sehr detailliert und in der Langfassung nachzulesen.

#### Bewertung von Handlungsfeldern Bildung:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Unterstützung von Schulen bei der Schulentwicklung (v.a. Gemeinschaftsschulen) und bei besonderen Angeboten (AGs, Nachmittagsbetreuung)	<b>28 St.</b> SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>18 St.</b> BL, CDU, FWV, G.HD, FDP		
Übergangssystem Schule-Beruf für alle Heidelberger Schulen	<b>23 St.</b> BL, SPD, B90/Grüne, GAL, HDpf&er	<b>23 St.</b> CDU, Heidelberger, Linke, FWV, G.HD, Piraten, FDP		
Unterstützung aller Schulen bei der Schulsozialarbeit	<b>38 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>8 St.</b> Linke, FWV, G.HD, FDP		
Erhalt dezentraler schulischer Angebotsstrukturen trotz sinkender Schülerzahlen	<b>4 St.</b> BL, GAL	<b>32 St.</b> CDU, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>10 St.</b> SPD, FDP	
Unterstützung von jungen Migrantinnen und Migranten beim Spracherwerb und der schulischen Integration	<b>46 St.</b> BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, , FDP, GAL, HDpf&er, G.HD, Piraten			

### **Unser Kommentar:**

- **Es zeichnen sich sehr breite Mehrheiten für Schulentwicklung, Übergangssysteme Schule-Beruf, Schulsozialarbeit an allen Schulen (auch Schulpsychologen), Unterstützung von Migranten, Schulsanierung und Angebote zur Sprachförderung ab.**
- **Spannend wird es bei der Finanzierung der vielen Ideen werden**

## **8. Alter und Gesundheit**

### **Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Stärkung der Daseinsfürsorge für ältere und kranke Bürger?**

Auch hier ist eine ganz breite Mehrheit erkennbar, die – soweit es die Stadt bezahlen kann – die gute Beratungslandschaft in Heidelberg erhalten, die Angebote für Senioren stärken und sogar Seniorenzentren zu Stadtteilzentren weiter entwickeln will.

Von Daseinsvorsorge in kommunaler Hand ohne unkontrollierte Privatisierung bis Förderung der Inklusion und Barrierefreiheit, von Mehrgenerationenhäuser und Seniorenzentren wird ein breites Spektrum an Maßnahmen angesprochen, um auch selbstbestimmtes Leben zuhause solange wie möglich und gewünscht zu ermöglichen und die gute Beratungslandschaft in Heidelberg zu erhalten

Auch hier können die vielfältigen Vorstellungen, Beiträge und Forderungen sind z.T. in der Langfassung nachgelesen werden.

## Bewertung von Handlungsfeldern Alter und Gesundheit:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Altersarmut und -ausgrenzung vorbeugen durch Angebote für Senioren	<b>42 St.</b> CDU, SPD, B90/Grüne, , FDP Heidelberg, Linke, GAL, HDpf&er, G.HD, Piraten	<b>4 St.</b> BL, FWV		
Förderung integrativer Hilfen für psychisch Kranke (z.B. in Sport- und Freizeitvereinen)	<b>24 St.</b> SPD, B90/Grüne, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>20 St.</b> CDU, Heidelberg, FWV, G.HD, FDP	<b>2 St.</b> BL	
Ausbau der Frühintervention für Suchtkranke	<b>26 St.</b> BL, CDU, B90/Grüne, GAL, HDpf&er, Piraten	<b>18 St.</b> SPD, Heidelberg, Linke, G.HD, FDP	<b>2 St.</b> FWV	
Behandlungsangebote für neue Suchtformen (Verhaltenssüchte)	<b>29 St.</b> BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberg, GAL, HDpf&er	<b>13 St.</b> SPD, Linke, G.HD, Piraten	<b>4 St.</b> FWV, FDP	

### Unser Kommentar:

- **Auch bei diesem Thema zeichnen sich sehr breite Mehrheiten für weitere Unterstützung für Senioreneinrichtungen und für neue Angebote, für integrative Hilfen in Vereinen ab.**
- **Auch hier wird es spannend werden bei der Finanzierung der vielen Ideen.**